



Mut machen gegen rechte Gewalt

Christian Pfeiffer

Ein Programm gegen rechte Gewalt: Zukunftsinvestition Jugend, Stärkung der Zivilgesellschaft

Die Reise des Kanzlers durch die neuen Bundesländer hat noch einmal den Blick auf die dort besonders virulenten Jugendprobleme gelenkt. Das ist richtig. Zwar gibt es auch im Westen rechtsextreme Gewaltexzesse. Aber im Osten geschehen sie weit häufiger und zudem in einem anderen Umfeld. Pro 100.000 Bürger gerechnet werden im Osten etwa viermal so viel fremdenfeindliche Gewalttaten gezählt wie im Westen. Und das beschönigt die Situation sogar noch beträchtlich. Denn im Osten müssen die Skinheads richtig suchen, wenn sie dort einen Ausländer zusammenschlagen wollen. Aus der Sicht der Betroffenen stellt sich die Lage so dar: Pro 100.000 der wenigen Ausländer, die in Ostdeutschland leben, besteht im Vergleich zum Westen ein etwa 20faches Risiko, Opfer einer fremdenfeindlichen Gewalttat zu werden.

Im Westen sind die jungen Rechtsextremen eine kleine Minderheit, die für ihre Aktionen weder in der Jugendszene noch in der Erwachsenenbevölkerung beachtlichen Rückhalt hat. Im Osten dagegen ist die Basis des rechten Kerns unter den jungen Menschen zwei- bis dreimal so stark. Es fehlt zudem eine spürbare Gegenkultur. Die Zahl der heimlichen oder sich sogar offen artikulierenden Sympathisanten ist groß. Die Zivilgesellschaft ist vielerorts erst schwach entwickelt. Aber wie sollte das auch anders sein in einer Region, in der erst seit 10 Jahren die Chance besteht, Demokratie aktiv mitzugestalten.

Am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen haben wir gerade eine Repräsentativbefragung von 2.000 Rostocker Jugendlichen ausgewertet, der wir demnächst westdeutsche Vergleichsdaten aus mehreren Städten gegenüber stellen können. Aus Delmenhorst liegen sie bereits vor. Danach hat sich jeder achte Jugendliche in Rostock gegenüber jedem zwanzigsten in Delmenhorst als rechtsextrem geoutet. Zum Anteil der Sympathisanten zeigen sich entsprechende Unterschiede. Und noch etwas wird sehr deutlich. Die Rechten im Osten fallen besonders häufig durch ausgeprägte Ängste auf, später im Berufsleben nicht richtig Fuß fassen zu können. Sie fühlen sich durch die Einwanderer stark bedroht. Zu ihrem geringen Selbstvertrauen hat erheblich beigetragen, dass sie zu Hause deutlich weniger emotionale Zuwendung und erheblich häufiger Misshandlungen erfahren haben als andere Jugendliche. Und mit diesem Problem hat man sie offenkundig allein gelassen. Hilfe von außen hat es kaum gegeben.

In der Befragung bringen sie ferner ihren Frust über schlechte Freizeitangebote klar zum Ausdruck. Sie treffen damit in der Tat einen wunden Punkt. Zahlreiche Untersuchungen bestätigen, dass die Jugendlichen in Ostdeutschland erheblich seltener als die im Westen in Vereinen oder Jugendgruppen organisiert oder in sie stützenden sozialen Netzwerken verankert sind. Hinzu kommt: Alltagserfahrungen im Zusammenleben mit gleichaltrigen Ausländern können die jungen Ostdeutschen kaum sammeln. Und so bleiben sie auf ihren Vorurteilen und Ängsten sitzen.

Reicht es angesichts dieser Problemanalyse wirklich aus, mehr Härte, mehr Repression gegen Rechts zu fordern? Polizei, Justiz und Verfassungsschutz haben den Ernst der Lage doch schon seit Jahren erkannt und leisten von Ausnahmen abgesehen engagierte und gute Arbeit. Wir haben keinen Anlass mehr, ein gravierendes Vollzugsdefizit in der Anwendung unserer Gesetze zu beklagen. Deshalb brauchen wir eine Doppelstrategie. Natürlich müssen rechte Gewalttäter erfahren, dass der Staat ihr Handeln nicht duldet und sie dafür zur Verantwortung zieht. Aber wir brauchen gerade für den Osten noch ein ganz anderes Signal: Die Grundentscheidung nämlich, dass der Staat dort auf Dauer die Lebensbedingungen der jungen Menschen entscheidend verbessern und die Zivilgesellschaft stärken will.

Den rechten Gruppen kann man nur dann das Wasser abgraben, sie buchstäblich austrocknen, wenn es für junge Menschen wieder attraktiv wird, sich auf ein Leben in ihren Städten und Gemeinden einzurichten und dort ihr Glück zu machen. Wenn uns das nicht gelingt, schreitet im Osten die

Abwanderung der Eliten weiter voran, breiten sich unter den Bleibenden Frust und Aggression weiter aus, wird die rechte Gewalt potentielle Arbeitgeber weiterhin davon abhalten, in diese Region zu investieren. Aber was soll konkret geschehen? Moralappelle nach dem Motto "Hinschauen statt Wegschauen" reichen sicher nicht. Zivilcourage kann man nicht herbei beten. Gerade sie wächst nur dort, wo das Selbstwertgefühl wachsen kann, wo Menschen wieder an sich glauben. Ich plädiere deshalb für ein großes, auf mehr als 50 Jahre angelegtes Programm mit der Überschrift "Zukunftsinvestition Jugend". Ca. 200 Millionen DM pro Jahr sollten es hierfür schon sein – und das auf Dauer, zusätzlich zu dem, was Bund, Länder und Kommunen ohnehin schon leisten.

Aber das ist doch völlig illusionär, werden viele einwenden. Nein – das ist es nicht. Wenn der Staat sich dazu entschließt, vier Milliarden DM, also nur 4 % aus dem Versteigerungserlös der UMTS-Lizenzen in eine Jugendstiftung zu geben, dann haben wir Jahr für Jahr auf unbestimmte Zeit Stiftungserträge in Höhe von etwa 200 Millionen DM. Schon innerhalb von 20 Jahren würde die Summe der Stiftungserträge die des Startkapitals erreichen, wenn nicht überschreiten. Bis zum Jahr 2040 könnten ca. acht Milliarden in die Verbesserung der Zukunftschancen junger Menschen in Deutschland investiert werden. Und immer noch stünde das Stiftungskapital ungeschmälert zur Verfügung.

Kanzler Schröder und sein Finanzminister Eichel haben grundsätzlich recht. Die 99 Milliarden der UMTS-Lizenzen sollten nicht für staatliche Gegenwartsaufgaben ausgegeben werden. Wir haben lang genug über unsere Verhältnisse gelebt. Die nächste Generation hat einen Anspruch auf Schuldentilgung. Aber die Gründung einer Stiftung hat einen entsprechenden Effekt. Auch sie entspricht dem Prinzip der Nachhaltigkeit – freilich mit einem Unterschied. An die Tatsache, dass die Regierung Schröder im Jahr 2000 den Schuldenberg des Staates deutlich abgebaut hat, werden sich trotz der dadurch sinkenden Zinslasten in 40 Jahren nur noch wenige erinnern. Aber dass diese Regierung eine starke Stiftung "Zukunftsinvestition Jugend" ins Leben gerufen hat, das weiß man dann immer noch, weil sie ja nach wie vor hohe Erträge abwirft.

Und wo soll das Geld hingehen? Im Osten ist die Not am größten, aber auch im Westen gibt es beträchtliche Defizite in der Jugendarbeit. Besonders gilt das im Hinblick auf die Kinder und Jugendlichen aus ethnischen Minderheiten. Für die ersten zehn Jahre wäre deshalb eine Teilung der Erträge zu empfehlen: pro Jahr jeweils ca. 100 Millionen für den Osten und den Westen. Danach sollte die Verteilung neu geregelt werden. Und wofür soll das Geld ausgegeben werden? Die Ideen dafür werden nur so sprießen. Hier zwei Beispiele: Ein Grundproblem des Ostens liegt doch in seiner ängstlichen Provinzialität. In Zeiten der Globalisierung sollte man deshalb den jungen Menschen dort großzügige Chancen eröffnen, für längere Zeit einmal Deutschland von außen zu erleben. Das fängt mit Sprachkursen an und setzt sich mit mindestens halbjährigen Auslandsaufenthalten während der Schulzeit, der Berufsausbildung oder des Studiums fort. Danach werden Tausende von jungen Menschen in die Heimat zurückkehren, die Weltoffenheit gelernt haben, über internationale Kontakte verfügen, Ideen mitbringen, und vor allem ein anderes Bild von Ausländern. So können nachhaltige Impulse zum Aufbau von Gegenkulturen entstehen.

Das zweite Beispiel orientiert sich am Vorbild Schwedens. Dort hat man damit begonnen, mit beträchtlichen Mitteln für junge Mitläufer aus der rechten Szene Aussteiger-Programme aufzubauen. Man gewinnt sie zum Beispiel mit attraktiven Berufsausbildungskursen und begleitet diese mit individuell abgestimmten Angeboten zur inhaltlichen Neuorientierung. Damit der Ausstieg gelingen kann, muss oft ein Ortswechsel der Programmteilnehmer organisiert werden. Aber das investierte Geld dürfte sich lohnen. Gerade Aussteiger sind später oft besonders überzeugende Vorkämpfer gegen die Kultur, aus der man sie befreit hat. Für andere lohnende Ausgaben sollen hier nur Stichworte genannt werden: So steckt der Kinderschutz besonders in den neuen Bundesländern leider immer noch in den Kinderschuhen. Der Ausbau effektiver Hilfen für misshandelte Kinder und ihre überforderten Eltern kostet ebenso Geld wie die EDV-Ausrüstung der Schulen, die Unterstützung von Sportvereinen, Pfadfinderorganisationen oder Theater und Musikgruppen. Hier könnte die Stiftung wirklich Akzente setzen.

Aber wie stärkt man die Zivilgesellschaft? Auch dafür reicht es nicht aus, attraktive Ideen zu verkünden. Auch hier sind beträchtliche finanzielle Mittel erforderlich. Ein Freiwilligenzentrum braucht ebenso ein

kleines Organisationsbüro wie etwa eine Obdachlosenzeitung oder ein neu gegründeter Kulturverein. In England und in den USA sind in den letzten Jahrzehnten in vielen Regionen Bürgerstiftungen mit der Finanzierung von Kultur, Jugend und Sozialprojekten zum Motor gesellschaftlicher Innovation geworden. Aber dort gibt es eben eine milliardenstarke starke Mott-Foundation, die für neu gegründete Bürgerstiftungen während der ersten fünf Jahre die Kosten einer kleinen Geschäftsstelle und der Sachausgaben übernimmt. Die Investition lohnt sich. In den USA verfügen ca. 600 Bürgerstiftungen heute über mehr als 20 Milliarden Dollar, deren Zinserträge dazu genutzt werden, das soziale Kapital der Gesellschaft regional auszubauen. Auch hierfür benötigen wir eine Dachstiftung, die wie die Mott-Foundation effektive Starthilfe leistet. Eine Milliarde DM für die Stärkung der Zivilgesellschaft wäre ein gutes Grundkapital, das uns im doppelten Sinne reichlich Zinsen bescheren würde.